

Flurbereinigung Bischoffen-Offenbach; Az. VF 2089

1. Änderungsbeschluss zum Flurbereinigungsbeschluss

In dem Flurbereinigungsverfahren Bischoffen-Offenbach, Lahn-Dill-Kreis, wird aufgrund des § 8 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG; vom 16.03.1976; BGBl. I S. 546 ff.; in der jeweils geltenden Fassung) der Beschluss des Hessischen Landesamtes für Bodenmanagement und Geoinformation vom 05.09.2005 über die Anordnung des Flurbereinigungsverfahrens wie folgt geändert:

1. Es werden folgende Flurstücke zum Flurbereinigungsverfahren hinzugezogen:

Gemeinde Mittenaar

Gemarkung Offenbach

- a) Flur 10 Flurstück 2/2
- b) Flur 13 Flurstücke 200/2, 201/2 und 202/2
- c) Flur 16 Flurstücke 225/9, 225/10 und 225/13

Gemeinde Hohenahr

Gemarkung Altenkirchen

- c) Flur 11 Flurstück 17
- c) Flur 14 Flurstücke 1, 2/1, 3/1, 7 - 11, 12/1, 16-27, 28/1, 28/2, 30-37, 38/1, 39-44, 45/1, 46-49, 50/1, 51/1, 52/1, 53/1, 54, 55/1 – 55/3, 56/1-56/3, 57/1, 57/2, 58/1-58/3, 59, 60/1, 66/61
- c) Flur 15 Flurstücke 4/1, 7, 11, 14, 17/1, 17/2, 41, 42, 53/6, 54/6, 57/8, 58/8, 61/5, 62/5

2. Flurbereinigungsgebiet

Durch den 1. Änderungsbeschluss vergrößert sich die Verfahrensfläche des Flurbereinigungsgebietes um rund 26 ha. Das Flurbereinigungsgebiet hat jetzt eine Größe von rund 129 ha. Die hinzugezogenen Flurstücke sind in der Gebietsübersichtskarte durch eine rot gestrichelte Linie gekennzeichnet. Die Gebietsübersichtskarte (Anlage 2) bildet keinen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. **Teilnehmergemeinschaft**

Name und Sitz der Teilnehmergemeinschaft sowie die Zusammensetzung des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft werden durch diesen Änderungsbeschluss nicht geändert.

4. **Flurbereinigungsbehörde**

Die für das Flurbereinigungsverfahren zuständige Behörde ist das Amt für Bodenmanagement Marburg, Robert-Koch-Straße 17, 35037 Marburg.

5. **Beteiligte**

Am Flurbereinigungsverfahren sind beteiligt (Beteiligte nach § 10 FlurbG):

1. Als **Teilnehmerinnen und Teilnehmer** die Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die den Eigentümerinnen und Eigentümern gleichstehenden Erbbauberechtigten der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke.
2. Als **Nebenbeteiligte**
 - a) Gemeinden und Gemeindeverbände, in deren Bezirk Grundstücke vom Flurbereinigungsverfahren betroffen werden,
 - b) andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Land für gemeinschaftliche oder öffentliche Anlagen erhalten (§§ 39 und 40 FlurbG) oder deren Grenzen geändert werden (§ 58 Abs. 2 FlurbG),
 - c) Wasser- und Bodenverbände, deren Gebiet mit dem Flurbereinigungsgebiet räumlich zusammenhängt und dieses beeinflusst oder von ihm beeinflusst wird,
 - d) Inhaberinnen und Inhaber von Rechten an den zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken oder von Rechten an solchen Rechten oder von persönlichen Rechten, die zum Besitz oder zur Nutzung solcher Grundstücke berechtigen oder die Benutzung solcher Grundstücke beschränken,
 - e) Empfängerinnen und Empfänger neuer Grundstücke nach den §§ 54 und 55 FlurbG bis zum Eintritt des neuen Rechtszustandes (§ 61 Satz 2 FlurbG) und
 - f) Eigentümerinnen und Eigentümer von nicht zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken, denen ein Beitrag zu den Unterhaltskosten oder Ausführungskosten auferlegt wird (§ 42 Abs. 3 und § 106 FlurbG) oder die zur Errichtung fester Grenzzeichen an den Grenzen des Flurbereinigungsgebietes mitzuwirken haben (§ 56 FlurbG).
 - g) der Träger der Maßnahme: Gemeinde Mittenaar, Gemeinde Bischoffen.

6. **Zeitweilige Einschränkungen des Eigentums**

Nach §§ 34 bzw. 85 Nr. 5 FlurbG gelten von der Bekanntgabe dieses Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes, im Falle der Nr. 4 bis zur Ausführungsanordnung, folgende Einschränkungen:

1. An der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören.
2. Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.
3. Obstbäume, Beeresträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange,

insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden. Andere gesetzliche Vorschriften über die Beseitigung von Rebstöcken und Hopfenstöcken bleiben unberührt.

4. Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen, bedürfen der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde. Die Zustimmung darf nur im Einvernehmen mit der Forstaufsichtsbehörde erteilt werden.

Sind entgegen den Vorschriften der Nummern 1 und 2 Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand gemäß § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen der Vorschrift der Nr. 3 vorgenommen worden, so muss die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen.

Sind Holzeinschläge entgegen der Vorschrift der Nr. 4 vorgenommen worden, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, dass die Person, die das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder gelichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

Entstehende Kosten bei Verstößen gegen die o. g. Einschränkungen werden der verursachenden Person zur Last gelegt.

Die Genehmigungspflicht für die o.g. Maßnahmen aufgrund sonstiger Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

7. Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte

Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Die Inhaberin oder der Inhaber eines o.a. Rechts muss die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufs ebenso gegen sich gelten lassen wie die beteiligte Person, der gegenüber die Frist durch die Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

8. Betretungsrecht

Die Beauftragten der Flurbereinigungsbehörde sind nach § 35 FlurbG berechtigt, zur Vorbereitung und zur Durchführung der Flurbereinigung Grundstücke zu betreten und die nach ihrem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen.

9. Veröffentlichung, Auslegung

Der entscheidende Teil dieses Flurbereinigungsbeschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Flurbereinigungsgemeinde Bischoffen und Mittenaar und in den angrenzenden Gemeinden Siegbach und Hohenahr sowie der Stadt Herborn öffentlich bekannt gemacht.

Der Änderungsbeschluss mit Begründung und die Gebietskarte werden zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Gemeinde- und Stadtverwaltungen ausgelegt und sind unter der Internetadresse www.hvbg.hessen.de abrufbar. Die Auslegung erfolgt für die Dauer von zwei Wochen (§ 6 Abs. 3 FlurbG) nach der öffentlichen Bekanntmachung bei der

- Gemeindeverwaltung Bischoffen, Bauamt, Schulstraße 23, 35649 Bischoffen
- Gemeindeverwaltung Mittenaar, Leipziger Straße 1, 35756 Mittenaar
- Gemeindeverwaltung Siegbach, Austraße 23, 35768 Siegbach
- Gemeindeverwaltung Hohenahr, Rathausplatz 6, 35644 Hohenahr
- Stadtverwaltung Herborn, Turmstraße 14-16, 35745 Herborn

während der allgemeinen Öffnungszeiten der jeweiligen Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung.

Gründe

- a) Dieses Flurstück wird zugezogen, da sich Erschließungswege auf diesem Flurstück befinden, die in diesem Verfahren als Wegeflurstücke ausgewiesen werden sollen. Da eine Sonderung der Wege zu diesem Zeitpunkt ein sehr hohen Aufwand darstellt und die Arbeiten an der Verfahrensgrenze durch die neue Grenzziehung (Zerlegung des Flurstückes 2) erheblich vereinfacht werden, wird der relativ große Grundstücksteil aus dem Verfahren VF 2147 ausgeschlossen und im Verfahren VF 2089 zugezogen.
- b) Die aufgeführten Flurstücke bilden in der Örtlichkeit eine Einheit mit dem benachbarten Wegeflurstück 327 und den Flurstücken 203-208. Der Weg auf dem Flst. 327 ist in der Örtlichkeit nicht vorhanden und kann künftig entfallen.
- c) Die Zuziehung der an das bisherige Verfahrensgebiet anschließenden Feldlage in der Gemarkung Altenkirchen „An der Gellenbach“, „Auf dem Feldchen“ und in der Flur 11, Flurstück 17 dient der Förderung der Agrarstruktur.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Flurbereinigungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden beim

**Amt für Bodenmanagement Marburg
- Flurbereinigungsbehörde -
Robert-Koch-Straße 17, 35037 Marburg**

oder beim

**Hessischen Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
- Obere Flurbereinigungsbehörde -
Schaperstraße 16, 65195 Wiesbaden.**

Der Widerspruch kann schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden. Der Lauf der Widerspruchsfrist beginnt mit dem ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung

Amt für Bodenmanagement Marburg
- Flurbereinigungsbehörde -
Robert-Koch-Straße 17
35037 Marburg

Marburg, den 05.08.2015

Im Auftrag

gez. Brietzke

(Brietzke)

(S)